

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Regina van Dinter: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie zu unserer heutigen, 66. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **vier Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein und kommen zu:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600

In Verbindung mit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2007 bis 2011

Drucksache 14/4601

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2008

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4602

erste Lesung

Zur **Einbringung** der Gesetzentwürfe erteile ich zunächst Herrn Finanzminister Dr. Linssen das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Wer Schulden hat, der ist nicht frei.“ Dieser Satz stammt vom vormaligen schwedischen Ministerpräsidenten Göran Persson. Mitte der 90er-Jahre hat er damit die Notwendigkeit einer strikten Haushaltskonsolidierung auf den Punkt gebracht. Anhand

dieser griffigen Formel wird klar, weshalb wir vom Schuldenstaat wegkommen müssen.

Besonders bemerkenswert finde ich an der klaren Botschaft Perssons allerdings, dass sie von einem eingefleischten Sozialdemokraten und Premierminister stammt, der das Land regiert hat, das in Europa als Sozial- und Wohlfahrtsstaat par excellence gilt.

Während sich aber die Schweden aus eigener Kraft fleißig und erfolgreich darum bemüht haben, von den Fesseln der Verschuldung freizukommen und den Staatshaushalt zu konsolidieren, stieg die Verschuldung unseres Landes gerade in diesem Zeitraum dramatisch an.

Die summierte Nettoneuverschuldung der Jahre 1995 bis 2005 beläuft sich auf 49,6 Milliarden €. Beim Regierungswechsel vor zwei Jahren haben wir einen Gesamtschuldenberg von 112 Milliarden € übernommen. Über 44 % des Schuldenbergs haben damit Sie, meine Damen und Herren von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, zu verantworten. Sie stammen aus den letzten zehn Jahren Ihrer Amtszeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Schweden haben in den 90er-Jahren die Zeichen der Zeit erkannt. Sie haben zur rechten Zeit festgestellt, dass die über viele Jahre in den meisten Ländern Europas praktizierte Haushalts- und Finanzpolitik nicht halten konnte, was sie versprochen hat, nämlich Stabilität und Wachstum zu fördern. Göran Persson hat durch seine Entschlossenheit eindrucksvoll auch den früheren Ministerpräsidenten unseres Landes widerlegt und gezeigt: Wer will, der kann!

(Michael Groschek [SPD]: Das gilt auch für die Bildungspolitik!)

Während in der jungen Bundesrepublik der 50er- und 60er-Jahre die Politik der Verschuldung noch keine Rolle gespielt hat, ist die öffentliche Hand in den 70er-Jahren massiv in die Schuldenpolitik eingestiegen. Der Staat hat auf Pump konsumiert. Er war getrieben vom Glauben an die stabilisierende Wirkung des Schuldenmachens in Zeiten des Abschwungs. Einen Privatmann, der in schlechten Zeiten kreditfinanziert einen Ferrari kauft und glaubt, dass sich dadurch seine Situation verbessert, hielte jeder zu Recht für unseriös. Der Staat aber hat sich über viele Jahre hinweg genau so verhalten.

(Beifall von CDU und FDP)

Als falsch verstandene Grundlage der Schuldenpolitik diene das keynesianische Konzept einer

können wir es schaffen, unser Land mit einer dauerhaft tragfähigen Finanzpolitik wieder nach vorne zu bringen: zum Wohl unseres Landes, zum Wohl der hier lebenden Menschen und für kommende Generationen.

(Beifall von CDU und FDP)

Dieses Ziel, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir alle in der Landesregierung vor Augen. Daher möchte ich allen Kolleginnen und Kollegen für ihre tatkräftige Unterstützung dieses Kurses danken. Der Haushalt ist zwar das Zahlenwerk des Finanzministers, aber die dahinter stehende Politik und die grundlegende Philosophie sind das Werk der gesamten Regierung. Ich danke daher meinen Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit bei der Erstellung dieses Haushaltsentwurfs.

Heute ist die Stunde des Parlaments. Ab jetzt liegt das Verfahren in Ihrer Hand. Ich bitte um Unterstützung für den vorgelegten Haushalt 2008. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Finanzminister. – Meine Damen und Herren, ich gebe nun das Wort zur Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2008 an den Herrn Innenminister Dr. Wolf. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Vorlage des GFG 2008 möchte ich drei gute Nachrichten für die Gemeinden an den Anfang stellen:

Erstens. Im Steuerverbund stehen 2008 über 7,3 Milliarden € zur Verfügung. Das sind fast 10 % mehr als im Vorjahr. Außerdem ist das der höchste Betrag seit dem Jahre 2001.

Zweitens. Wir halten unsere Zusage ein, den kommunalen Finanzausgleich einfach, transparent und gerecht zu gestalten. Der Verbundsatz bleibt bei 23 %. Es gibt keine Abrechnungen mehr. Es ist nun endgültig Schluss mit den Unsicherheiten aus den Zeiten von Rot-Grün.

(Beifall von CDU und FDP)

Drittens. Die Landesregierung setzt einen besonderen Schwerpunkt in der Bildungspolitik. Die bisherige Schulpauschale wird zur Schul- und Bildungspauschale weiterentwickelt und mit 540 Mil-

lionen € dotiert. Das sind insgesamt 80 Millionen € mehr als im letzten Jahr.

Die Landesregierung hat beim GFG immer zwischen den Haushaltsebenen des Landes und der Kommunen abzuwägen; der Finanzminister hat dazu Ausführungen gemacht.

Wir müssen nach wie vor feststellen, dass sich die finanzielle Situation der Kommunen zwar auf der einen Seite deutlich verbessert hat, aber natürlich immer noch angespannt ist. Immerhin: Die kommunalen Steuereinnahmen stiegen im Jahre 2006 um fast 2 Milliarden €, ca. 13 %, gegenüber 2005 erheblich an.

Der Finanzierungssaldo aller kommunalen Haushalte hat sich zwar halbiert, ist aber immer noch negativ. Das heißt: Auch hier gibt es noch einiges zu tun, ähnlich wie bei der Gesamtverschuldung und der Nettoneuverschuldung des Landes. Wir haben noch eine lange Wegstrecke vor uns. Aber wir sehen Licht am Ende des Tunnels – und das ist nicht der entgegenkommende Zug.

Der neue Höchststand der Kassenkredite zum Jahresende 2006 ist ein Zeichen dafür, dass die kommunale Finanzlage immer noch angespannt ist, insbesondere in den 110 Städten und Gemeinden, die sich ohne ein genehmigtes HSK in der vorläufigen Haushaltswirtschaft befinden. Auch hier sind zunehmende Anstrengungen erforderlich.

Die Landesregierung hat im Bewusstsein der nach wie vor schwierigen Finanzlage vieler Kommunen des Landes sorgfältig zwischen den Haushaltsebenen des Landes und der Kommunen abgewogen und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass der Verbundsatz bei 23 % bleiben kann. Ich glaube, das ist eine sehr gute Botschaft.

Wir wollen die Struktur des GFG 2008 im Wesentlichen an die des GFG 2007 anpassen. Das ist auch bewusst im Hinblick auf das laufende Gutachten zur Modernisierung des kommunalen Finanzausgleichs erfolgt, dessen Ergebnisse im Frühjahr des kommenden Jahres vorliegen sollen.

Fest steht aber schon heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Kommunen im Jahre 2008 erneut von der wichtigsten Strukturveränderung im damaligen GFG 2006 profitieren werden, nämlich der Einführung eines zurückliegenden abgeschlossenen Ableitungsreferenzzeitraums zur Ermittlung der Finanzausgleichsmasse. Am Ende des Gesetzgebungsverfahrens werden die Kommunen auf den Cent genau wissen, mit welchen Zuweisungen sie im nächsten Jahr rechnen können.

Für das GFG 2008 wird die Finanzausgleichsmasse auf der Basis des Istaufkommens der relevanten Verbundsteuern im Zeitraum vom 1. Oktober 2006 bis zum 30. September 2007 ermittelt. Die maßgeblichen Steuereinnahmen für den Zeitraum vom 1. Oktober 2006 bis 31. März 2007 standen bei der Beschlussfassung der Landesregierung über das GFG bereits fest. Die maßgeblichen Steuereinnahmen für den Zeitraum ab April bis September 2007 sind auf der Basis der regionalisierten Steuerschätzungsergebnisse vom Mai 2007 vorläufig angesetzt. Sobald die endgültigen Daten vorliegen, werden sie durch eine Ergänzungsvorlage der Landesregierung aktualisiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was das Volumen des Steuerverbundes anbetrifft, so ist die Talsohle aus rot-grüner Regierungszeit endgültig verlassen. Im Steuerverbund 2008 stehen 7,3 Milliarden € zur Verfügung; das sind 650 Millionen € mehr als im Jahr 2007 – wahrlich eine gute Botschaft für unsere Kommunen.

(Beifall von CDU und FDP)

Damit unsere Kollegen und Kolleginnen in den Kommunen schon jetzt abschätzen können, in welcher Höhe sie mit Zuweisungen aus dem GFG rechnen können, werde ich den kommunalen Spitzenverbänden umgehend eine erste Modellrechnung des GFG 2008 zuleiten. Eine Zusammenfassung habe ich heute der Präsidentin des Landtags vorgelegt, sodass auch Sie in Kürze Einblick nehmen können.

Sobald die endgültigen Daten über die exakte tatsächliche Einnahmehöhe der Verbundsteuern im Referenzzeitraum vorliegen, werden wir eine zweite Modellrechnung starten, damit die Kommunen eine noch exaktere Planungsgrundlage haben. Ich gehe davon aus, dass das in der zweiten Oktoberhälfte der Fall sein wird.

Die verteilbare Finanzausgleichsmasse wird wie bisher auf Schlüsselzuweisungen, Investitionspauschalen, Sonderpauschalen und Bedarfszuweisungen aufgeteilt.

Auf der Basis der vorläufigen Daten bedeutet das, dass für Schlüsselzuweisungen im Steuerverbund 2008 insgesamt rund 6,3 Milliarden € zur Verfügung stehen. Das sind gut 560 Millionen €, also fast 10 %, mehr als in diesem Jahr. Die kommunale Finanzausstattung wird damit deutlich verbessert. Die Schlüsselzuweisungen werden finanzkraftabhängig auf die Kommunen aufgeteilt und stehen ihnen als allgemeine Deckungsmittel ohne jede Zweckbindung zur Verfügung.

Auf die Schlüsselzuweisungen entfällt ein Anteil von rund 85,5 % an der gesamten Finanzausgleichsmasse, die zur Verteilung ansteht. Das ist ein deutliches Signal dafür, dass diese Landesregierung der kommunalen Selbstverwaltung und der kommunalen Finanzhoheit einen sehr hohen Stellenwert einräumt.

(Beifall von der FDP)

Für die pauschalen Bedarfszuweisungen, die ebenfalls allgemeine Deckungsmittel darstellen, die aber aufgrund vorliegender anderweitig nicht berücksichtigter Sonderbedarfe finanzkraftunabhängig zugewiesen werden, sind im Steuerverbund 24,5 Millionen € vorgesehen, 2,1 Millionen € mehr als im Vorjahr. Davon profitieren zum Beispiel Kurorte und viele meist kleinere Gemeinden mit überdurchschnittlich hohen Abwassergebühren oder mit Stationierungsstreitkräften.

Neben den Schlüsselzuweisungen und Bedarfszuweisungen erhalten die Kommunen auch wieder pauschale Zuweisungen für investive Maßnahmen, die finanzkraftunabhängig nach den bisherigen Kriterien verteilt werden. Sie sollen auch weiterhin Spielräume für eigenverantwortliche Investitionstätigkeiten eröffnen und dem weiteren Rückgang der kommunalen Investitionen entgegenwirken.

Für Investitionspauschalen stehen im Steuerverbund 2008 insgesamt 454 Millionen € zur Verfügung. Das sind 6,5 Millionen € mehr als in diesem Jahr. Auch bei diesen Mitteln sind die Kommunen frei in ihrer Entscheidung – mit Ausnahme der investiven Verwendung –, wofür sie das Geld einsetzen.

Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf sieht darüber hinaus Sonderpauschalen vor, die den Kommunen ebenfalls finanzkraftunabhängig zur Verfügung gestellt werden. Über deren Verwendung entscheiden sie eigenverantwortlich; in diesem Jahr sind es 590 Millionen €.

Eine wesentliche Veränderung ergibt sich bei der Sonderpauschale, der bisherigen Schulpauschale, die jetzt zur Schul- und Bildungspauschale weiterentwickelt wird. Angesichts der Bedeutung der Bildung hält die Landesregierung es für besonders wichtig, die Investitionsmöglichkeiten der Kommunen in diesem Bereich zu stärken. Deshalb ist die neue Bildungspauschale gegenüber der bisherigen Schulpauschale um 80 Millionen € auf nunmehr 540 Millionen € spürbar erhöht worden.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Mit diesen Mitteln werden kommunale Aufwen-

dungen im Schulbereich sowie – und das ist neu – kommunale Investitionsmaßnahmen zur frühkindlichen Bildung in allen Gemeinden unterstützt.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Kommunen können die pauschal zugewiesenen Mittel nunmehr sowohl für die bisherigen rein schulischen Zwecke, zum Beispiel für Investitionen in den Ganztagsbetrieb in Schulen, als auch im vorschulischen Bereich, zum Beispiel zur Aufbringung der kommunalen Eigenanteile an Investitionen zur energetischen und baulichen Modernisierung kommunaler Kindertageseinrichtungen, einsetzen. Als Sportpauschale stehen den Kommunen erneut 50 Millionen € zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, das GFG 2008 ist transparent und fair abgewogen. Die Finanzausstattung der Kommunen wird sich durch die Zuweisungen des GFG 2008 erheblich verbessern. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Innenminister. – Meine Damen und Herren, wir treten in die **Beratung des Haushaltsgesetzes 2008** ein.

Erste Rednerin ist Frau Kraft von der SPD-Fraktion.

(Zuruf von der SPD: Na endlich!)

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, in Ihrer ersten Pressekonferenz nach der Sommerpause haben Sie verkündet, Sie seien gut drauf.

(Lachen von der SPD)

Ihren Zweckoptimismus in allen Ehren – er sei Ihnen gegönnt; doch Sie stehen mit dieser Stimmung ziemlich alleine da im Land.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vielen geht es anders: zuallererst den Eltern und Kindern, den Studentinnen und Studenten, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – insbesondere denen, die letzte Woche vor dem Landtag protestiert haben – und nicht zuletzt auch Ihrer Fraktion, wie zu hören ist. Es konnte kein deutlicheres Signal geben als die Nichtanwesenheit der Hälfte Ihrer Fraktion bei der Einbringungsrede des Finanzministers.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Selbst der Vorsitzende kam zu spät! – Zuruf von der CDU: Wir hat-

ten Sondierungsgespräche! – Weitere Zurufe)

Wir wissen, dass Sie an die Kraft der Psychologie ...

(Unruhe – Glocke)

Wir wissen, dass Sie an die Kraft der Psychologie in der Politik glauben. Sie glauben – so haben Sie es einmal auf einem Landesparteitag vor der Landtagswahl gesagt –, dass Psychologie 50 % des Erfolgs der Politik ausmacht.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Doch hier gilt es, sauber zu trennen, meine Damen und Herren: Psychologie ist wichtig, aber Selbstsuggestion ist gefährlich.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es erinnert doch vieles an den Kapitän der Titanic, der trotz der Eisberge, die in Sicht gehalten hat, ein Kurs, der auf Konfrontation ausgerichtet ist, führt zum Zusammenstoß. Das ist ein falscher Kurs für Nordrhein-Westfalen, Herr Ministerpräsident!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Nur weil Herr Lindner behauptet, dass es nie mehr Chancengerechtigkeit gegeben hätte, geht es in Nordrhein-Westfalen leider nicht gerechter zu. Es reicht auch nicht, zu behaupten, durch das neue Kindergartengesetz würden die Kindergartenbeiträge nicht steigen. Die Realität sieht für viele Eltern und Kommunen anders aus.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Richtig!)

Es reicht nicht, ein Gesetz, das zu Unsicherheit und Fehlsteuerung in den Hochschulen führt, „Hochschulfreiheitsgesetz“ zu nennen,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

und ein Gesetz, in dem es interessanterweise an keiner Stelle um Bildung geht, „Kinderbildungs-gesetz“ zu nennen. Das reicht nicht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Man fährt auch nicht gut damit, das „Jahr des Kindes“ auszurufen, dann aber bei den Kindern zu sparen und die Betreuungsqualität herunterzufahren, oder das „Land der Mitbestimmung“ sein zu wollen und dann die Arbeitnehmerrechte zu schleifen.

(Beifall von der SPD)

geändert worden sind. Es gibt jetzt die Möglichkeit, bei großen Unternehmen und bei Aktiengesellschaften Verluste anders anzurechnen. Verluste von Unternehmen im Ausland oder an anderen Standorten können gegengerechnet werden. Das führt zum Beispiel in den Haushalten von Städten wie Münster dazu, dass im nächsten Jahr 2008 80 Millionen € – das ist ein riesiger Batzen – fehlen. Das wird in anderen Städten vielleicht nicht ähnlich dramatisch sein, aber doch zu heftigen Steuereinbrüchen führen.

Mit anderen Worten: Auch da richtet sich Ihre Steuer- und Finanzpolitik wieder gegen Bürgerinnen und Bürger, denn ganz klar ist: Wenn der Stadt 80 Millionen € fehlen, wird wieder der Sozialetat beschnitten und werden im Umwelt- und Ökologiebereich Projekte wieder nicht verwirklicht werden können. Das wird zulasten von Kindern und Jugendlichen gehen. Das ist Ihre reale Politik in Nordrhein-Westfalen.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist vorbei.

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Ich komme zum Ende. – Wir werden ja noch dazu kommen, einiges mehr sagen zu können, wenn der Haushalt in seinen Details betrachtet wird.

Zunächst einmal stelle ich nur fest: Der vorgelegte Haushaltsentwurf ist völlig unsozial, ökologisch nicht nachhaltig und ungerecht gegenüber den nordrhein-westfälischen Bürgerinnen und Bürgern. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Sagel. – Meine Damen und Herren, damit ist der erste Teil der Haushaltsberatungen beendet. Wir kommen zum zweiten Teil, der **Beratung des Gemeindefinanzierungsgesetzes**.

Für die SPD-Fraktion gebe ich dem Abgeordneten Jäger das Wort.

Ralf Jäger (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die diesjährige Beratung des GFG unterscheidet sich von der des letzten Jahres. Der Innenminister ist von Beginn an anwesend. Es freut mich ganz besonders, Herr Wolf, dass Sie die Beratungen vollständig mitverfolgen können.

Die Überschrift zu diesem GFG 2008 müsste eigentlich lauten: Gute Konjunktur, gute Zeiten für die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. – Das scheint aber, wenn man in die Tiefen dieses GFG und auf die Ausstattung, die Finanzkraft der Ge-

meinden Nordrhein-Westfalens schaut, keinesfalls der Fall zu sein. Zwar steigen die Schlüsselzuweisungen in diesem Jahr um 650 Millionen €, aber der Grund sind sprudelnde Steuerquellen, von denen die Gemeinden im Rahmen des Verbundsatzes, der bei 23 % bleibt – dort war er, dort ist er, und dort muss er auch bleiben –, partizipieren.

Um das direkt klar zu sagen: Es ist weder Ihr Aufschwung noch Ihr Verdienst, dass den Gemeinden in Nordrhein-Westfalen etwas mehr Geld zufließt. Es ist der Not, der gesetzlichen Festlegung geschuldet, 23 % der großen Steuereinnahmen an die Gemeinden weiterzureichen.

Wenn man in die Tiefen des Gemeindefinanzierungsgesetzes einsteigt, zeigt sich aber eins: Sie setzen den Raubzug durch die Kassen, den Sie vorletztes Jahr begonnen haben, unverfroren fort, obwohl das Land über deutlich höhere Einnahmen verfügt.

Ich will Ihnen ein paar Beispiele nennen: Der Innenminister hat bei seiner Einbringung darauf hingewiesen, dass 80 Millionen € mehr für die Bildungspauschale zur Verfügung stehen, die in dieses GFG neu eingeführt worden ist. Tatsächlich handelt es sich lediglich um eine Umschichtung innerhalb des Haushalts von der Investitionspauschale hin zu der neuen Bildungspauschale. Herr Wolf, nicht ein Euro frisches Geld fließt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist ein Taschenspielertrick, das ist „rechte Tasche – linke Tasche“, das ist verbales Marketing, und das ist diesem Parlament eigentlich unwürdig. Wofür, Herr Wolf, schlagen Sie sich eigentlich dabei auf die Brust?

Wenn wir weiter in die Tiefen dieses GFG hineingehen – immer unter dem Gesichtspunkt, dass die Steuerquellen in Nordrhein-Westfalen ohne eigenes Zutun kräftig sprudeln –, löst es zumindest Verwunderung aus, dass Sie an einem Budgetbewirtschaftungsinstrument festhalten, genannt Befrachtung, das die Flexibilität der Kommunen bei der Verfügung über gemeindliche Mittel stark eingrenzt. Ich frage Sie – auch Sie, Herr Lux –, wieso Sie angesichts der Finanzsituation des Landes diese Befrachtung, diese Einengung für die Gemeinden nicht aus dem GFG herausnehmen.

Ich will drei weitere Beispiele nennen: Die Erhöhung der Beteiligung an der Krankenhausfinanzierung von 20 auf 40 % ist skandalös, vor allen Dingen deshalb, Herr Lux, weil Ihre Fraktion noch vor vier Jahren, als wir eine 20%ige Beteiligung eingeführt haben, angekündigt hat, dies rückgängig

machen zu wollen. Sie haben sich in der Tat von diesen 20 % verabschiedet und auf 40 % erhöht. Das ist, gemessen an der Glaubwürdigkeit der Christlich Demokratischen Union, schon ziemlich unverfroren.

Genauso sieht es bei dem Griff in die Kassen der Kommunen aus, wenn man den Wegfall des Beitragsausgleichs für Kindergärten sieht. Sie sind dafür verantwortlich, dass ausgerechnet diejenigen, die über ein geringes Einkommen verfügen, in den Kommunen mit der geringsten Finanzkraft höhere Kindergartenbeiträge zahlen müssen als Bürgerinnen und Bürger, Eltern in Neuss, Düsseldorf, Münster. Das ist alleine Ihr Verdienst.

Ein letzter Punkt, bei dem Sie in Nordrhein-Westfalen ein Zeichen gesetzt, ein Alleinstellungsmerkmal erarbeitet haben, ist die Grunderwerbsteuer. Eine nullprozentige Beteiligung der Gemeinden gibt es in keinem anderen der 16 Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland. Vielleicht können Sie in Ihrem Sinne stolz darauf sein, den Gemeinden mit 162 Millionen € in die Tasche gegriffen zu haben und sie trotz sprudelnder Steuerquellen nicht zurückzugeben.

Fazit: Sie kürzen auf Kosten der Kommunen. Politische Schwerpunkte sind letztlich nur simuliert, und die Gemeinden werden mit ihren Problemen allein gelassen.

Warum das so schlimm ist, will ich an zwei Zahlen deutlich machen. Von den 427 Städten, Gemeinden und Kreisen in Nordrhein-Westfalen sind 197 in der Haushaltsbewirtschaftung, 115 davon sogar in der vorläufigen Haushaltsbewirtschaftung. 115 Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind also nicht in der Lage, in einem mittelfristigen Zeitraum einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. 115 Kommunen sind nicht in der Lage darzustellen, wie Einnahmen und Ausgaben im nächsten Jahrzehnt übereinander zu bekommen sind, geschweige denn aufzuzeigen, wie auch nur ein Euro Ihrer Altschulden abgebaut werden könnte.

Trotz guter Konjunktur, trotz sinkender Arbeitslosenzahlen reichen in vielen Kommunen die Einnahmen nicht, um die notwendigen Ausgaben zu finanzieren. Allein 12,5 Milliarden € Altschulden drücken die Kommunen in Nordrhein-Westfalen – ohne Chance, sie jemals aus eigener Kraft tilgen zu können.

Herr Wolf hat heute Morgen versucht darzustellen, dass mit diesem GFG ein Licht am Ende des Tunnels erkennbar ist. Vermutlich handelt es sich bei diesem Licht nur um den entgegenkommen-

den Zug in Form von Altschulden und steigenden Zinsen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich möchte an eins erinnern, meine Damen und Herren von der CDU:

(Zuruf von der CDU)

Es gab 2004 eine historische Chance, durch die wir diese Situation hätten zumindest deutlich mildern können. Ich erinnere mich sehr gut daran, dass der Bundesrat kurz vor Ende des Jahres eine Gemeindefinanzreform beraten hat. Es waren CDU-regierte Bundesländer und CDU-Landesverbände – insbesondere Ihr Landesverband mit tatkräftiger Hilfe von Herrn Rüttgers –, die dafür gesorgt haben, dass das Modell einer Reform der Gewerbesteuer kaputtgemacht worden ist.

Das haben Sie damals damit begründet, Sie hätten ein ganz tolles Konzept der Bertelsmann-Stiftung, das Sie stattdessen favorisieren würden. Ich frage Sie: Wann bringen Sie eigentlich die Bundesratsinitiative ein, um das Modell der Bertelsmann-Stiftung umzusetzen und endlich zu einer Gemeindefinanzreform zu kommen, die es den Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ermöglicht, tatsächlich Einnahmen und Ausgaben übereinander zu bringen? Bei Ihrer Bundesratsinitiative wird genauso „Fehlanzeige“ stehen wie bei der von Ihnen angekündigten Revision des Arbeitslosengeldes I.

Dass eine Gemeindefinanzreform notwendig ist, weil die Kommunen den Schuldenberg nicht aus eigener Kraft stemmen können, haben Sie selbst erkannt und in Ihrem Koalitionsvertrag festgelegt. Herr Hovenjürgen kennt ihn nicht, sonst würde er nicht mit dem Kopf schütteln. Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie mit dieser 6,2%-Partei vereinbart haben, nur dann eine Einschränkung des § 107 der Gemeindeordnung – Stichwort „wirtschaftliche Betätigung“ – vorzunehmen, wenn es zuvor eine Gemeindefinanzreform gegeben hat, die die entstehenden Einnahmeausfälle der Gemeinden kompensiert.

(Frank Sichau [SPD]: Vergessen!)

Nun führen Sie keine Gemeindefinanzreform durch, um die Ausfälle des § 107 zu kompensieren, geschweige denn geben Sie den Kommunen in Nordrhein-Westfalen auch nur annähernd eine finanzpolitische Perspektive. Deshalb sage ich Ihnen: Trennen Sie sich in dieser Frage von der 6,2%-Partei. Unsere beiden Parteien sind die einzigen, die in den 392 Kommunen dieses Landes die gestaltende und tragende politische Verant-

wortung haben. Wir sollten auf die Tradition zurückgreifen, die 50 Jahre lang in diesem Bundesland galt, so etwas gemeinsam zu machen. Unser Angebot steht, Herr Lux. Seien Sie einmal mutig. Machen Sie das, was in Ihrem Koalitionsvertrag steht. Lassen Sie sich von Ihrem Koalitionspartner nicht gängeln,

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

sondern lassen Sie uns gemeinsam versuchen, eine tatsächliche Gemeindefinanzreform in Nordrhein-Westfalen anzugehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich könnte noch weitere Belastungen für die Kommunen nennen wie etwa KiBiz und höhere Elternbeiträge. Tatsächlich simulieren Sie kommunalfreundliche Politik nur. Das alles kann man in der zweiten und dritten Lesung des Gesetzentwurfs noch sehr viel detaillierter und sehr viel pointierter herausarbeiten. Auf einen Punkt, an dem Sie das Geld der Kommunen zum Fenster hinauswerfen, möchte ich noch eingehen, weil er aktuell ist: die Abtrennung der Kommunalwahlen von den Bundestagswahlen 2009.

(Lachen von der CDU – Zuruf von Dieter Hilser [SPD])

Sie verursacht bei den Kommunen Kosten in Höhe von 42 Millionen €. Sie sind bereit, 10 Millionen € zur Finanzierung eines Essens für jedes Kind auszugeben. Auf der anderen Seite schmeißen Sie aus rein wahltaktischem Kalkül 42 Millionen € zum Fenster hinaus.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist angesichts der Tatsache, dass die Kommunen diese 42 Millionen € für die Anschaffung von Schulbüchern, zur Finanzierung des Schulmittagessens oder von Bibliotheken dringend gebrauchen könnten, schlimm genug. Viel schlimmer ist aber noch die Kaltschnäuzigkeit, mit der Sie das begründen zu können glauben. Wenn man den Zeitungen glauben darf, war Ihr ursprünglicher Vorschlag, diesen Wahltermin mit der Europawahl zusammenzulegen, vorgetragen in der kindlichen Naivität Ihrer beiden Generalsekretäre.

(Lachen von der SPD)

Dann hätten Sie zwei Räte im Amt gehabt: einen frisch gewählten und einen noch im Amt befindlichen. Angesichts Ihrer Vorgehensweise frage ich mich eigentlich nur noch, wie groß Ihre Angst vor den Wählerinnen und Wählern sein muss.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Auf lange Sicht ist ein solcher Missbrauch immer ...

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie wollen die Bewertung durch die Bürger bei der Landtagswahl gar nicht haben, weil Sie wissen, dass Sie keine gute bekommen! – Lachen von der SPD)

– Ach Herr Hovenjürgen, das war – mit Verlaub – wirklich ein schwachsinniger Zwischenruf; da habe ich in diesem Parlament schon bessere gehört.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ein solcher Missbrauch stellt letztlich nur eine Verrohung demokratischer Sitten dar. Ich sage Ihnen: Das wird sich auf lange Sicht rächen. Wir werden dafür sorgen, dass der Wahlzettel 2009 zum Denkbzettel für Sie wird.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Jäger. – Für die CDU spricht nun der Kollege Lux.

(Minister Dr. Ingo Wolf: Darf man eigentlich auch „schwachsinnig“ sagen? Dann werden wir das auch entsprechend nutzen!)

Rainer Lux (CDU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich nach diesem missglückten Ausflug von Herrn Jäger zunächst der Landesregierung und ganz besonders dem Finanzminister, Herrn Helmut Linsen, und dem Innenminister, Dr. Ingo Wolf, Dank und Anerkennung für den Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2008 aussprechen.

(Beifall von CDU und FDP sowie einzelnen Abgeordneten der SPD)

– Herr Jäger, ich werte es als ersten Schritt in die richtige Richtung, dass Sie nach Ihrem Ausflug, der mit dem GFG nun gar nichts zu tun hatte, doch deutlich machen, dass Sie mit dem GFG 2008 zufrieden sind. Das sollte auch so im Protokoll vermerkt werden.

Die Koalition macht mit dem GFG 2008 ein weiteres Mal mit Wahlversprechen und mit Zusagen, die wir in der Koalitionsvereinbarung gemacht haben, Ernst, Herr Jäger.

(Dieter Hilser [SPD]: Das ist eine Drohung!)

Das Land ist ein verlässlicher Partner der Kommunen. Das GFG 2008 ist, wie versprochen, außerordentlich transparent und nachvollziehbar. Es baut strukturell auf den Grundlagen des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2007 auf. Erstmals sind

im GFG 2008 keine Abrechnungen mehr erforderlich, weil die Umstellung auf den neuen Referenzzeitraum abgeschlossen ist. Die Kommunen können auch weiterhin ohne Bevormundung durch das Land weitestgehend über die Ihnen aus dem Finanzausgleich zufließenden Mittel eigenständig verfügen.

Genau das haben wir den Kommunen und den Bürgern zu Beginn unserer gemeinsamen Regierungszeit versprochen. Noch einmal: Diese Koalition hält, was sie verspricht. Darin unterscheidet sie sich sehr wesentlich von der Vorgängerkoalition.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, das Erfreuliche dieses Gesetzes hat sich sogar bis zu Herrn Jäger herumgesprochen: Die verteilbare Finanzausgleichsmasse steigt um mehr als 650 Millionen € auf jetzt 7,3 Milliarden €. Der Verbundsatz von 23 % bleibt trotz der Finanzprobleme des Landes uneingeschränkt erhalten –

(Horst Becker [GRÜNE]: Aber alles andere nicht!)

wie versprochen. Schulpauschale und Sportpauschale bleiben wie versprochen erhalten. Die Schulpauschale wird – darauf hat der Innenminister heute Morgen hingewiesen – zur Schul- und Bildungspauschale um 80 Millionen € aufgestockt. Damit beschränkt sich das Land – Herr Jäger, jetzt komme ich auf Sie zu sprechen –

(Ralf Jäger [SPD]: Schön, dass ich Ihre volle Aufmerksamkeit habe!)

auf die beiden Sonderpauschalen als politische Steuerungsinstrumente, was bei zwei so wichtigen Themen gerade einmal 8 % der gesamten Ausgleichsmasse betrifft. Denken Sie doch einmal an Ihren goldenen Zügel, mit dem Sie als Koalition jahrelang die Kommunen bevormundet haben.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Und wie!)

Da wird deutlich, dass diese Koalition der Erneuerung hier einen völlig anderen Weg zugunsten der Kommunen und für mehr Freiheit der Kommunen geht.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, die Finanzlage der Kommunen ist nach wie vor sehr angespannt, wenn auch an vielen Stellen eine leichte Verbesserung erkennbar ist. Gleichwohl – da sind wir uns, glaube ich, alle einig – stehen den Kommunen noch viele kostenintensive Reformen ins Haus. Deshalb ist es gut und notwendig, dass der

Verbundsatz von 23 % beibehalten wird und den Kommunen fast 10 % mehr Mittel aus den Verbundsteuern zufließen als beim letzten GFG.

Das Beste aber daran ist, dass die Kommunen sicher sein können, dass ihnen diese Summe bis auf den letzten Cent erhalten bleibt und sie nicht wie früher unter Rot-Grün befürchten müssen, erhebliche Teile dieses „Segens“ im Wege der Kreditierung in den kommenden Jahren wieder zurückzahlen zu müssen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: So ist das!)

Meine Damen und Herren, das GFG 2008 ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. All die Schreckensszenarien, die von den Oppositionsparteien an die Wand gemalt wurden, haben sich in Nichts aufgelöst. Die Koalition aus CDU und FDP hat einmal mehr unter Beweis gestellt, dass sie ein verlässlicher Partner der Kommunen ist.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Wie richtig das GFG 2008 ist, Herr Jäger, das haben Sie mit Ihrem jämmerlichen Beitrag hier unter Beweis gestellt. Sie haben nichts anderes gemacht, als aus dem letzten Jahr zu zitieren, Krankenhauspauschale, Grunderwerbsteuer. Ihnen ist nichts Neues eingefallen. Zum Schluss Ihrer irrationalen Rede mussten Sie dann noch auf diese Wahltermine eingehen, anstatt sich mit der finanziellen Lage der Kommunen auseinanderzusetzen. Herr Jäger, das ist traurig, gibt aber den Zustand Ihrer gesamten Fraktion wieder.

(Beifall von der CDU)

Davon unterscheidet sich diese Koalition ganz wesentlich. Darüber bin ich sehr froh.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kollege Lux. – Für die FDP spricht nun der Kollege Engel.

Horst Engel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als vorhin der Ministerpräsident in die Debatte eingriff, hat er an die Stein/Hardenberg'schen Reformen erinnert. Ich greife das gerne auf. Er hat unter anderem auch von Humboldt gesprochen, nicht von Alexander, dem großen Forscher, sondern von Wilhelm von Humboldt, nach dem wir Universitäten, Gymnasien, Straßen, Wege und Plätze benannt haben.

Ich möchte Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Saal – ganz besonders den Kollegen von

SPD und Grünen –, einen Aufsatz von Wilhelm von Humboldt anempfehlen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Haushalt 2008?)

Das ist ein Aufsatz über die Grenzen der Wirksamkeit des Staates.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD] und Andrea Asch [GRÜNE]: Oh!)

Dieser Aufsatz ist übrigens heute noch zu bekommen, Herr Jäger und Frau Asch, und zwar bei Reclam. Mit 5 € wären Sie dabei. Im Ergebnis kommt von Humboldt vor 200 Jahren zu der Auffassung: ein starker Staat in seinem Kernbereich und ein weniger engagierter Staat in seinen Randbereichen. Übertragen auf die jetzige Landesregierung heißt das: Privat vor Staat.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Alte Kamellen! Das beweist die Rückwärtsgewandtheit Ihrer Politik und nichts anderes!)

Lesen Sie das einmal nach. Das Heftchen kostet Sie bei Reclam nur 5 €.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

– Herr Sichau, hören Sie doch zu.

(Frank Sichau [SPD]: Ich höre doch zu! Sonst könnte ich nicht zwischenrufen!)

Vor einem Jahr habe ich Ihnen hier prophezeit, dass wir den eingeschlagenen Weg raus aus dem Schuldenstaat mit Tempo und Vernunft weitergehen werden.

(Ralf Jäger [SPD]: Die Gemeinden haben das so verstanden, dass das eine Drohung war!)

– Lieber Herr Jäger, das war keine Drohung.

(Ralf Jäger [SPD]: Für die Gemeinden war das eine Drohung!)

Diesen eingeschlagenen Weg gehen wir mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2008 weiter. Wir präsentieren Ihnen nämlich ein Gesetz, dessen Statik auf zwei wesentlichen Säulen ruht.

Die erste Säule ist die weitere Haushaltskonsolidierung, die bei 112 Milliarden € geerbten Landdsschulden alternativlos ist.

Die zweite Säule ist eine Finanzausstattung für die kommunale Familie, mit der diese der ihr von der Verfassung garantierten kommunalen Selbstverwaltung und den Aufgaben, die ihr dadurch erwachsen, wirklich nachkommen kann.

Innenminister Wolf hat Ihnen den Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2008 ausführlich

dargestellt. Dafür möchte ich ihm den Dank der FDP-Landtagsfraktion aussprechen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Lob und Dank!)

Unsere Kommunen, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden sich über die gute Nachricht freuen – die Mails laufen ja schon landesweit durch die Rathäuser –,

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

dass ihnen 2008 insgesamt 650 Millionen € mehr zur Verfügung stehen. Das ist immerhin im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 9,7 % und eine Gesamtzuweisung für 2008 von 7,3 Milliarden €. Das ist der höchste Betrag seit 2001.

Die kommunale Selbstverwaltung hat für uns einen hohen Stellenwert. Sie hat Verfassungsrang und kann nur mit einer angemessenen Finanzausstattung gelebt werden. Diesem Auftrag kommt das Land in Wahrnehmung seiner Verantwortung nach und beteiligt die Kommunen bei gleichbleibendem Verbundsatz von 23 % an den gestiegenen Steuereinnahmen. Aus dem Landshaushalt erhalten die Kommunen 13,7 Milliarden €. Das sind 27 %. Zusätzlich können sich die Gemeinden über weiterhin stark anwachsende Gewerbesteuererinnahmen freuen. Der landesweite Trend hält an. Die kommunalen Steuereinnahmen stiegen im Haushaltsjahr 2006 um fast 13 % gegenüber dem Jahr 2005 an. Das sind rund 1,9 Milliarden € mehr.

Trotz dieser guten Nachrichten – das klang bei dem einen oder anderen Beitrag an, und das gehört auch zum Gesamtbild – sollte die in vielen Gemeinden weiterhin angespannte Haushaltslage nicht vergessen werden. Wir haben hier eben die neuesten Zahlen zum Kommunalfinanzbericht gehört. Etwa 110 Kommunen – Herr Jäger spricht von 115, aber da will ich mich jetzt nicht streiten; denn es kommt auf den gewählten Zeitraum an – befinden sich derzeit noch ohne ein gesichertes Haushaltssicherungskonzept in der vorläufigen Haushaltswirtschaft. Ende 2006 bis Anfang 2007 befanden sich ca. 190 Kommunen im Haushaltssicherungskonzept. Herr Jäger, Sie hatten 197 genannt. Wie gesagt, das kommt auf den jeweiligen Referenzzeitraum an.

Sorgen bereitet – das ist eigentlich das Dramatische – der neue Höchststand der Kassenkredite infolge der Fehlbeträge aus Vorjahren in Höhe von 12,54 Milliarden € am 31.12.2006, der die kommunalen Haushalte bzw. Bilanzen noch auf viele Jahre belasten wird.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Aber der jahresbezogene Fehlbetrag der Verwaltungshaushalte von rund 626 Millionen € hat sich im Vergleich zum Jahr 2005 mehr als halbiert. Herr Jäger, das ist Trendumkehr. Die Botschaft ist im Land angekommen. Das ist Trendumkehr.

(Beifall von der FDP)

Das Land hat den übergemeindlichen Finanzausgleich im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit zu gewährleisten. Auch das ist alternativlos. Die Höhe der kommunalen Finanzerstattung muss somit unter angemessener Berücksichtigung des finanziellen Bedarfs und der Haushalts-situation unseres Landes bestimmt werden.

Dabei muss man sehen, mit welchen finanziellen Belastungen NRW in diesem Jahr, aber auch in den nächsten Jahren trotz der Nettomehreinnahmen fertig werden muss. 112 Milliarden € Erblast bedeuten, dass das Land Nordrhein-Westfalen im Jahr 2008 4,84 Milliarden € Zinsen an seine Gläubigerbanken überweisen muss. Mit Blick auf die vielen Zuhörerinnen und Zuhörer sage ich: Das sind 13,3 Millionen € Zinsen tagtäglich. Das ist das traurige Ergebnis einer verfehlten rot-grünen Politik auf Pump. Anders kann man das nicht bezeichnen. Was hätte man alles damit machen können? Das wurde heute Vormittag von unserem Fraktionsvorsitzenden Dr. Papke eindrucksvoll dargestellt.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Ich habe hier aber bereits im letzten Jahr gesagt: Die Haushaltskonsolidierung ist schmerzhaft. – Aber wir haben dabei das Wohl der künftigen Generationen im Blick und wir stärken damit den Aufschwung. Herr Jäger, das ist nachhaltige Finanzpolitik. Das ist auch ein Teil der neuen Gemeindeordnung, wenn sie denn so verabschiedet wird: raus aus der Schuldenpolitik. Finanzminister Linssen hat das hier eben ausführlich dargestellt. Auch ihm gilt der Dank der FDP-Fraktion für seinen konsequenten Konsolidierungskurs.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Anstatt einen Strauß zu überreichen, mache ich das gern mündlich. Man muss nicht unbedingt einen Riechbesen dabei haben.

Die Höhe der Finanzausgleichsmasse im Steuer-verbund 2008 führt zur Erhöhung der Schlüsselzuweisungen – plus 560 Millionen € oder 9,8 % –, der Investitionspauschalen – plus 6,5 Millionen € –, der Bedarfszuweisungen – plus 2,1 Millionen € – und der Sonderpauschalen.

Die weitere zentrale Botschaft bei den mit 590 Millionen € veranschlagten Sonderpauscha-

len – davon erneut 50 Millionen € für die Sportpauschale – lautet: Die Weiterentwicklung der bisherigen Schulpauschale zur Schul- und Bildungspauschale gibt den Kommunen neue Freiheiten. Wie wir eben gehört haben, ist die neue Schul- und Bildungspauschale gegenüber der früheren Schulpauschale um 80 Millionen € – und damit deutlich – auf 540 Millionen € erhöht worden.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Das ist auch kein Zufall, denn die Bildung hat für die FDP-Landtagsfraktion einen sehr hohen Stellenwert.

Deshalb ist es zu begrüßen, dass die Landesregierung die Investitionsmöglichkeiten der Kommunen in diesem Bereich stärkt und die Chance eröffnet, mit den bereitgestellten Mitteln auch investive Maßnahmen zur frühen Förderung und Bildung von Kindern durchzuführen. Besonders wichtig ist dabei, dass diese Mittel vor Ort von den Entscheidungsträgern nach Bedarf den Verwendungszwecken entsprechend verteilt werden können.

Insgesamt bleibt es damit bei dem klaren Kurs, den die Regierungskoalition von CDU und FDP bereits mit dem GFG 2006 eingeschlagen und 2007 fortgeführt hat: Vorrang für Schlüsselzuweisungen, Steigerung der Investitionspauschalen und Konstanz und Verlässlichkeit bei den Sonderpauschalen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Abgeordneter Becker das Wort.

Horst Becker (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hovenjürgen, wenn Sie noch einmal einen solchen Zwischenruf machen, lobe ich Sie demnächst öfter hinterrücks. Dann haben Sie Probleme mit Ihrem Ministerpräsidenten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber lassen Sie mich zunächst einmal sagen, dass ich mich ganz deutlich darüber wundere, Herr Lux, meine Damen und Herren von der CDU und von der FDP, wie Sie insgesamt heute aufgetreten sind, wie Sie im Zusammenhang mit dem GFG auftreten und wie Sie wie eine Gebetsmühle immer wieder darzulegen versuchen, dass die Kommunen mehr Geld bekämen, gleichzeitig aber den Kommunen das wegnehmen, was ihnen zusteht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist nicht die Frage, ob Sie von den immensen Steuereinnahmen, die Sie jährlich mehr kassieren, den Kommunen ein paar Brosamen überlassen. Vielmehr ist die Frage, ob Sie den Kommunen das geben, was ihnen zusteht, oder ob Sie sich jedes Jahr ein Stück weit daran bereichern. Meine Damen und Herren, genau das tun Sie.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nach zweieinhalb Jahren des Täuschens, Trickens und Tarnens setzen Sie diese Politik auch 2008 fort. Herr Lux, ich will noch einmal ganz kurz ins Gedächtnis rufen, was Sie in den letzten Jahren gemacht haben. Es ist, selbst wenn Sie es nicht hören und nicht auf sich wirken lassen wollen, wichtig, dass es im Protokoll steht. Zumindest das ist wichtig.

Da Sie einen Teil der Zweckzuweisungen in die Einzelhaushalte ausgephast haben, haben Sie den Verbundhaushalt letztlich dauerhaft um 1,1 % abgesenkt. Sie haben in den Einzelhaushalten aber eben nicht auf Dauer die alten Beträge aus den Zweckzuweisungen übernommen.

Sie haben außerdem die Spitzabrechnung der Einheitslasten abgeschafft, mit dem Versprechen, nachzusteuern, wenn es nicht hinhaut. Wir sind inzwischen an dem Punkt angekommen, dass Sie eigentlich längst mit 200 Millionen € zugunsten der Kommunen nachsteuern müssten, es aber nicht tun.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben in etlichen Bereichen außerhalb des GFG gekürzt. Sie reden immer vom Verbundsatz. Aber Sie reden nicht von all den kleinen und großen Schweinereien, die Sie rund um das GFG machen. Auch dazu will ich Ihnen noch einmal einiges nennen. Sie haben 2006 42,75 Millionen € durch den Wegfall des Elternbeitragssicherungsgesetzes kassiert. Das sind inzwischen dauerhaft 84,5 Millionen € pro Jahr. Nur 2006 lag der Betrag bei 42 Millionen €.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben 72,1 Millionen € bei den Sachkosten beim Kindergartengesetz kassiert. Sie haben 15 Millionen € 2006 bei den Schülerfahrtkosten kassiert. Im Jahre 2007 ist dann noch einmal ungefähr derselbe Betrag hinzugekommen, sodass es inzwischen strukturell 30 Millionen € pro Jahr sind.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Deswegen machen wir ja jetzt Unterricht am Samstag!)

Sie haben 5 Millionen € nicht für Schulbücher von SGB-II-Beziehern bereit gestellt. Und Sie haben 10 Millionen € insgesamt beim Weiterbildungsgesetz gekürzt. Das machte für das Jahr 2006 in der Summe 304,8 Millionen €, die den Kommunen jedes Jahr fehlen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Im Jahre 2007 haben Sie den Kommunen weitere 420 Millionen € entzogen. Sie haben – da finde ich es geradezu eine Katastrophe, wenn aus Ihren Reihen bei dem Hinweis des Kollegen Jäger gelacht wird – nicht mehr das gemacht, was immer üblich war, nämlich den Anteil für die Kommunen aus der Grunderwerbsteuer belassen. Das waren in der Tat nach dem Haushalt damals ca. 165 Millionen €. In Wahrheit, wenn man es jetzt anhand der höheren Steuereinnahmen durchrechnet, sind es inzwischen sogar 180 Millionen €, die den Kommunen nach Ihren Änderungen fehlen.

Sie haben den Anteil der Kommunen an den Investitionskosten für die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen verdoppelt. Das macht 110 Millionen € aus. – Kurzer Exkurs: Sie werden die Krankenhäuser auch demnächst bei Ihrem Vorhaben zum § 107 Gemeindeordnung schädigen, weil die Krankenhäuser bei der ambulanten Versorgung unter den § 107 fallen. Damit wird ihnen da ein wichtiges Geschäftsfeld wegfallen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie haben die Bundeskürzungen bei den Regionalisierungsmitteln im Übrigen nicht wie andere Bundesländer aufgefangen. Auch das wirkt sich mittelbar auf die Kommunen aus, weil die das nämlich teilweise auffangen müssen.

Sie führen das 2008 fort: Sie kürzen 370 Millionen € bei den Kommunen, und zwar so: Sie setzen die neue Bildungspauschale ein, die letztlich eine Deckungslücke bei den Ganztagsinvestitionsmitteln in Höhe von 103 Millionen € kaschieren. Und es ist schon ein Stück aus dem Tollhaus, wenn sich Herr Engel hier hinstellt und sagt, dass die Bildungspauschale – ein besonderes Anliegen der FDP, wie er sich hier geäußert hat – dazu führen würde, dass man investiert, weil Bildung ein besonderes Gut sei. Das Gegenteil ist der Fall! Sie werfen wieder die große Nebelmaschine an.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie packen Posten zusammen, die nicht zusammengehören. Und wenn man das einmal gegenrechnet, dann ist das unter dem Strich weniger, als es vorher gewesen wäre, nämlich über 100 Millionen €.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die fehlende Berücksichtigung des Aufkommens aus der erhöhten Gewerbesteuerücklage mit einer Summe von wohl 200 Millionen € – ich hatte es eben schon in dem Zusammenhang gesagt – ist ebenfalls zu nennen.

Hinzu kommen die zusätzlichen Risiken aus dem Kinderbildungsgesetz, die nicht exakt zu beziffern sind, weil sie Ausführungsbestimmungen hinter die Gesetzesverabschiedung packen! Sie sind aber insofern grob zu greifen, als eine Reihe von Kommunen das durchgerechnet haben. Ich höre, dass in Köln mit ungefähr 11 Millionen € gerechnet wird. Ich höre, dass es in Münster ungefähr 2 Millionen € sind. Ich höre, dass es im Rhein-Sieg-Kreis für die sieben kleinen kreisangehörigen Kommunen 1,5 bis 2 Millionen € sind. Und in meiner Heimatstadt mit 30.000 Einwohnern sind es 430.000 € bis 500.000 €. Diese Zahlen sind ungefähr ein Anhaltspunkt dafür, warum Sie nicht die Karten mit den Ausführungsbestimmungen auf den Tisch legen, bevor Sie das Gesetz verabschieden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das machen Sie nämlich genau deswegen, damit keiner weiß, was da letztlich auf die Kommunen kommt.

Meine Damen und Herren, addiere ich diese strukturellen Effekte und die Lastenverschiebungen aus den letzten Jahren mit dem, was Sie für das GFG 2008 vorsehen, dann kommen wir strukturell für jedes Jahr in der Summe auf 1,1 Milliarden €, die Sie den Kommunen entziehen. Ich finde, das ist ein Armutszeugnis für eine Partei, die hier jahrzehntelang über die Meile gelaufen ist und sich als Kommunalpartei dargestellt hat.

(Beifall von den GRÜNEN – Sigrid Beer [GRÜNE]: Das war mal!)

Meine Damen und Herren, es ist aber nicht nur ein Ärgernis für die Kommunen, sondern es ist auch ein Punkt, der insgesamt volkswirtschaftlich und gesamtstaatlich in die Irre führt.

Ich will es Ihnen noch einmal darlegen, wie ich es schon an verschiedenen Stellen gemacht habe. Herr Engel, ich bitte Sie, da gut aufzupassen; denn Sie haben ja vor einiger Zeit in einem Anflug von liberaler Mathematik geäußert, es sei schön, dass es zum Schuldenabbau der Kommunen gekommen sei. Sie haben sich damals auf die Absenkung um 0,5 Milliarden € bei den investiven Schulden bezogen und die Kassenkredite außen vorgelassen, die gleichzeitig um 2,5 Milliarden €

angestiegen sind. Das heißt, in der Summe sind die Schulden um 2 Milliarden € angestiegen – die investiven Schulden sind in der Tat um eine halbe Milliarde Euro gesunken, die Kassenkredite um zweieinhalb Milliarden Euro gestiegen.

Warum sage ich Ihnen das? Mal abseits des Ärgernisses, dass Sie feiern, obwohl in der Summe die Schulden bei den Kommunen gestiegen sind, unter anderem durch die Landespolitik, ist es natürlich doppelt fragwürdig, eine solche Rechnung zu feiern, weil die Kassenkredite – das wissen alle Kommunalexpertinnen und Kommunalexperten hier im Haus – dazu führen, dass man bedeutend mehr an Zinsen bezahlt als für die langfristig laufenden Investivkredite.

Ich will Ihnen noch ein weiteres Ärgernis nennen: Es ist natürlich so, dass die Kommunen, insbesondere die großen Städte, die kreisfreien Städte, die in einer strukturellen Finanznotlage liegen und die sich schon lange nur noch mit Kassenkrediten über Wasser halten können, genau bei der Daseinsvorsorge, bei den Kindergärten und bei alledem, was wichtig ist und was Sie ja angeblich auch immer im Auge haben, sparen müssen. Da beginnt das nächste Problem: Die Kluft zwischen den Kommunen wird größer, und die soziale Kluft wird größer – auch in den Kommunen, durch Ihre Politik.

(Beifall von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich auch das dazusagen: Es ist ja kein Zufall, Herr Lux – Sie können sich ja gleich noch einmal hier hinstellen und gerne einmal auf die Zahlen eingehen –, dass allein die Sachinvestitionen in den Kommunen im letzten Jahr erneut um 6 % nach unten gegangen sind – eine Strecke, die sich seit vielen Jahren fortgesetzt hat. Aber zu Ihrer These über Kehrtwende, über Trendwende, Herr Engel, lässt sich aus den Zahlen absolut nichts ablesen.

Meine Damen und Herren, der Landeshaushalt muss ohne Zweifel saniert werden, aber die Landesregierung darf das nicht zulasten der Kommunen tun. Da bitte ich Sie, sich nun endlich einmal nach zweieinhalb Jahren ein Stück von dieser tibetanischen Gebetsmühle zu lösen, sie könnten einen irgendwie besonders gearteten Akt von Abbau der Nettoneuverschuldung hier im Hause aufzeigen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Gegenteil ist der Fall. Wenn man die Steuermehreinnahmen, von denen Sie behaupten, Sie könnten etwas dafür – ich glaube, die Mehrzahl der Fachleute würde das bezweifeln –, abzieht

und das abzieht, was Sie den Kommunen genommen haben und was ich Ihnen eben vorge-rechnet habe, dann bleibt von Ihrem Abbau der Nettoneuverschuldung nichts übrig. Der Abbau der Nettoneuverschuldung, den Sie behaupten, ist Raubzug bei den Kommunen und ist Lotteriespiel bei den Steuereinnahmen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich wünsche Ihnen und dem Land, dass Sie nicht das Pech haben, dass die Steuereinnahmen so einbrechen wie das in den Zeiten, wo Rot-Grün regiert hat, in den letzten Jahren der Fall war. Ich wünsche es dem Land, aber Ihnen wünsche ich es nur mit einem weinenden Auge. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Passen Sie gut auf, dass Sie und das Land mit Ihrem Glücksspiel für die nächsten zweieinhalb Jahre nicht gehörig auf den Bauch und auf die Nase fallen! Wir alle sehen hier im Lande ganz schlecht aus, wenn die Steuermehr-einnahmen nicht mehr in diesem Ausmaß fließen, wie das im Moment der Fall ist.

Meine Damen und Herren, ich möchte in diesem Zusammenhang gerne noch einmal zwei Aspekte ansprechen, die ein deutliches Augenmerk darauf werfen, wie Sie mit den Kommunen umgehen. Lassen Sie mich den ersten Aspekt, sozusagen die Wolf-Opfer, in die Unterpunkte 1 a und 1 b unterteilen.

Zunächst einmal: Das Land Nordrhein-Westfalen ist eines der Bundesländer, das sich durch Innenminister Wolf und andere massiv dafür ein-setzt, dass es zu einem Wegfall des steuerlichen Querverbundes kommt. Das ist hochgefährlich. Es gibt parallel dazu auch die Bemühungen der Ge-richte; aber es ist hochgefährlich, dass aus ideo-logischen Gründen ein solcher Kurs aus dieser Landesregierung kommt und in der Innenminister-konferenz auch immer wieder vorgetragen wird.

Es ist doppelt gefährlich – damit komme ich zu 1 b – vor dem Hintergrund, dass Sie den § 107 der Gemeindeordnung ändern wollen und damit den Kommunen eine weitere Chance nehmen, sich wirtschaftlich vernünftig aufzustellen, und das al-lein aus ideologischen Gründen. Herr Engel, wenn Sie in einem solchen Vortrag wie eben, der pha-senweise überhaupt nichts mehr mit Kommunen zu tun gehabt hat, wieder nichts anderes machen, als Ihrem Primat – oder soll ich sagen: den Prima-ten? – „Privat vor Staat“ vorzutragen, dann geht das an der Problemlage der Kommunen vorbei, dann raubt das den Kommunen ein wesentliches weiteres Standbein. Ich glaube, dass Sie das auch wollen.

Es ist Ihnen sehr egal, wie es den Kommunen geht, Hauptsache Sie setzen Ihre Ideologie durch.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dann sind wir beim nächsten Punkt, den ich heute ein wenig umfangreicher ansprechen möchte, als ich mir das eigentlich vorgenommen hatte, insbe-sondere nach der Rede des Ministerpräsidenten heute Mittag, nämlich den Punkt Sparkassenge-setz und den Zusammenhang mit der WestLB.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Ich habe mir diese Passage sehr genau angehört. Ich habe sie vorhin noch einmal im Internet nach-gehört, weil ich sicher sein wollte, dass ich mich nicht verhöhrt habe. Wer das genau angehört hat, kann die Äußerungen des Ministerpräsidenten nur als Drohung an die Sparkassen verstehen.

Ich sage das vor dem Hintergrund, dass Sie und wir alle darauf angewiesen sind, die WestLB, von der ich glaube, dass sie in sehr unruhigem Fahr-wasser ist – in den nächsten Wochen und Mona-ten können wir froh sein, wenn es nicht noch deut-lich unruhiger wird –, mit den Sparkassen zu-sammen aus diesem Fahrwasser herauszuholen.

Vor diesem Hintergrund tritt ein Ministerpräsident so auf und macht sich damit quasi zum Sprecher des Fraktionsvorsitzenden der FDP, der am Mon-tag bereits angekündigt hat: Fusion mit der Lan-desbank Baden-Württemberg brauchen wir nicht, wollen wir nicht, das ist dumm, Privatbanken viel-leicht, aber eigentlich – da kam die Katze wieder einmal aus dem Sack – wollen wir die vertikale Struktur mit den Sparkassen. – Das heißt, die wol-len Sie in den Haftungsverbund zwingen für ein Gesamtrating angesichts des Zustandes der WestLB, an dem Sie – das unterstelle ich Ihnen jetzt – in der Tat nicht ganz unbeteiligt sind, denn der Finanzminister hätte besser aufpassen kön-nen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Berater der Landesregierung heißt übrigens Gerlach vom westfälischen Sparkassen- und Gi-roverband. Da fragt man sich: Wie früh hat er Be-scheid gewusst? Wie spät hat er Bescheid ge-wusst? Man muss gut aufpassen, warum Sie ihn zurzeit noch schonen und aus welchem Grund Sie ihn ein bisschen an der langen Leine laufen las-sen wollen.

Wenn Sie vor diesem Hintergrund eine solche Drohung in Richtung vertikaler Struktur ausspre-chen, dann kann das nur den Grund haben, dass Sie befürchten, dass Sie ansonsten in den Bü-chern der NRW.BANK Verluste deswegen gene-

rieren, weil Sie Erlöse aus einem Verkauf nicht ansatzweise so erzielen können, wie Sie sie erzielen wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist das, was ich Ihnen unterstelle. Insofern freue ich mich darauf, aufklärerisch zu wirken und die Passagen aus der heutigen Rede des Ministerpräsidenten wörtlich weiterzugeben.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen:

Erstens. Diese Regierung ist nicht kommunalfreundlich, sie ist kommunalfeindlich.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von
Parl. Staatssekretär Manfred Palmen)

– Ach, Herr Palmen ist wieder da. Er ruft mal wieder von der Regierungsbank dazwischen.

(Ralf Jäger [SPD]: Eintrag ins Klassenbuch, würde ich sagen!)

Diese Regierung – ich wiederhole es gerne noch einmal, damit Herr Palmen es noch einmal kommentieren kann – ist nicht kommunalfreundlich, sie ist kommunalfeindlich. Sie hat den Kommunen gegenüber dem, was ihnen strukturell pro Jahr zustand, 1,1 Milliarden € genommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zweitens. Diese Regierung ist nicht kommunalfreundlich, sondern sie ist kommunalfeindlich, weil sie den Kommunen die Gelegenheit nehmen will, aus ideologischen Gründen, vor allen Dingen wegen der Damen und Herren der FDP, an den Stellen, wo sonst die Privaten das Geld machen würden, Geld zu verdienen und damit Verluste auszugleichen, die zum Beispiel in Bereichen wie dem ÖPNV entstehen.

Folge: Die Privaten würden die Gewinne machen, und im ÖPNV bezahlen die Bürgerinnen und Bürger eine höhere Zeche. Folge: Die vier großen Stromkonzerne werden bessere Geschäfte machen, weil sich die Stadtwerke nicht mehr anpassen können. Folge: Die kommunalen Wohnungsunternehmen können nur noch vermieten und können nicht mehr Bauträgergeschäfte machen, mit denen sie Stadtentwicklungspolitik betreiben können, um nur wenige Folgen zu beschreiben.

Drittens. Selbst an Stellen, wo ruhige, kluge Diplomatie und Gemeinschaftsarbeit mit Sparkassen aus NRW hoch geboten wäre, um die WestLB, die in sehr schwerem Fahrwasser ist, wieder auf einen vernünftigen Weg zu bringen, und zwar mit einem starken Partner, mit dem baden-württembergischen Partner, machen Sie aus ideo-

logischen und rein eigennützigen Gründen diesen Weg ein Stück kaputt. Das heißt, Sie schädigen die Kommunen, Sie schädigen die Sparkassen, und Sie schädigen die WestLB.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch da sind Sie kommunalfeindlich. Sie sind übrigens auch feindlich gegenüber ihrem eigenen Landeshaushalt und seinen Interessen. Ich sage Ihnen voraus: Wenn Sie an der Stelle nicht wenigstens wieder ein Stück weit zur Vernunft kommen, werden Sie in den nächsten Monaten noch vor einem ganz schweren Weg stehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die Landesregierung hat noch einmal Herr Innenminister Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jeder Zwischenruf des Abgeordneten Palmen ist wertvoller als Ihre Rede, Herr Becker.

(Beifall von der CDU)

Deswegen bin ich froh, dass wir Ihre Anmerkungen, die wir natürlich gehört haben, schnell wieder vergessen können.

Herr Jäger, ich möchte zu Ihrem Beitrag einige Punkte klarstellen. Sie haben ja noch relativ sachlich gesprochen, wofür ich Ihnen herzlich danke.

Die Verbundgrundlagen richten sich nach Recht und Gesetz, wie sich das gehört. Sie haben die nach wie vor nicht ausreichend kommode Finanzlage der Kommunen angesprochen. Ich erinnere Sie dazu daran, dass die Zahl der Kommunen, die keinen genehmigten Haushalt haben, inzwischen auf 187 zurückgegangen ist. Das ist eine Entwicklung, die wir begrüßen. Außerdem ist die Zahl der haushaltslosen Kommunen, zu denen auch Ihre Stadt Duisburg gehört, auf 110 zurückgegangen. Das ist eine Entwicklung, die uns zumindest positiv stimmt.

Wir wissen, dass die Situation noch nicht zufriedenstellend ist. Wir haben aber eben auch damit zu tun, dass wir eine Erblast vieler Jahre abarbeiten müssen. Das gilt für die Kommunen wie für das Land. Sie haben über Jahre den Kommunen zusätzliche Lasten aufgedrückt. Wir haben jetzt das Konnexitätsausführungsgesetz. Wenn nunmehr die Kommunen Aufgaben übernehmen, muss ausverhandelt werden, was dafür zu zahlen ist. Wir erleben das gerade bei der Umstrukturie-

rung der Umweltverwaltung und der Versorgungsverwaltung. Es wird in diesen Fällen nicht wie früher sein, dass man den Kommunen einfach nur die Aufgabe zuweist. Vielmehr muss die Erledigung dieser Aufgabe auch bezahlt werden. Es ist aber völlig klar, dass eine desolate Haushaltslage nicht binnen weniger Tage in Ordnung gebracht werden kann.

Die Botschaft lautet, dass die Kommunen 650 Millionen € mehr haben. Diese Botschaft haben auch die beiden Redner aus den Koalitionsfraktionen noch einmal deutlich gemacht. Damit sind die Tiefstände aus der rot-grünen Regierungszeit endlich beendet. Ich darf Sie noch einmal daran erinnern, mit welchen Tricks Sie arbeiten mussten, nämlich mit Kreditierungen und ähnlichen Dingen, um den Kommunen zum Scheine zu helfen. All diese Fehlentwicklungen mussten wir begradigen. Jetzt gibt es wieder ein klares Fahrwasser. Jetzt weiß man, was man hat. Herr Lux hat schon gesagt, dass Transparenz geboten ist. Mit der Verabschiedung des Haushalts können wir sagen, wie die Planungsgrundlage für das nächste Jahr aussieht. Das ist, glaube ich, das Wichtigste, was die Kollegen der Kommunen haben wollen: Planungssicherheit und Transparenz.

(Beifall von der FDP)

Bei der Beratung des GFG sind alle möglichen Nebenkriegsschauplätze angesprochen worden. Das reicht von den Kindergartenbeiträgen bis zu den Kommunalwahlen. Zum Schluss hat Herr Becker auch noch eine Querverbunddiskussion angezettelt. Ich weiß nicht, wie er an der Stelle auf das Erfordernis von Ideologie kommt. Wenn der Bundesfinanzhof ein Urteil über die Zulässigkeit des Querverbundes zu fällen hat, dann bedarf es einer steuerrechtlichen Expertise und keiner Ideologie. Es geht ausschließlich um die Frage der rechtlichen Bewertung. Das ist Ihnen fremd, Herr Becker; okay, das muss man hinnehmen. Wir wollen uns ausschließlich nach Recht und Gesetz verhalten.

In den letzten Jahren hat niemand von unserer Seite gefordert, dass der Querverbund beseitigt werden muss. Es geht lediglich um die Frage, ob dieser rechtlich weiterhin trägt. Solche Fragen muss man natürlich stellen dürfen, und zwar gerade deshalb, weil es darüber in der wissenschaftlichen Literatur seit Jahren Auseinandersetzungen gibt.

Einige Bemerkungen zum Sparkassengesetz und zur WestLB: Meine Damen und Herren, das, was die Landesregierung plant und was diskutiert wird, sind Regelungen, die beispielsweise in Rheinland-

Pfalz völlig unproblematisch längst in Kraft sind. Deswegen ist das Verhetzungspotenzial, was Sie hier vermuten, relativ gering.

Was die WestLB angeht, bin ich sehr dankbar für die Ausführungen des Ministerpräsidenten. Er hat heute sehr deutlich gemacht, dass wir keinen Ausverkauf der WestLB wollen, dass wir eine Politik mit Augenmaß betreiben, dass wir dabei den Standort im Auge haben und dass wir anders als Sie nicht nach der erstbesten Lösung schauen, sondern nach der besten Lösung insgesamt. Das ist das Ziel, meine Damen und Herren. Das ist auch und gerade im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WestLB. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Innenminister Dr. Wolf. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir sind damit am Ende der ersten Lesung der Gesetzentwürfe der Landesregierung.

Wir kommen zur Abstimmung erstens über den **Haushaltsgesetzentwurf 2008 Drucksache 14/4600** und die **Finanzplanung 2007 Drucksache 14/4601**. Der Ältestenrat empfiehlt deren **Überweisung** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – und an die **zuständigen Fachausschüsse** mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses „Personal“ erfolgt. Wer ist für die Überweisung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Zweitens haben wir über die Überweisung des Entwurfs des **Gemeindefinanzierungsgesetzes 2008 Drucksache 14/4602** abzustimmen. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturenreform**. Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

2 Bildung, Bildung, Bildung und nochmals Bildung

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4865

